

## Katrin Rieckermanns Redebeitrag am Gedenkstein in Lünen-Süd

Sehr geehrte Anwesende,

Wir erinnern an diesem Ort an die sechs Lünen Kommunisten Josef Berg, Jakob Bink, August Dombrowski, Bernhard Höltmann, Johann König und Josef Kriska, die um den Karfreitag 1945 herum, nur wenige Tage vor Ende des Zweiten Weltkriegs, von den Nazis ermordet wurden. In der Dortmunder Bittermark wurden ein so genannter Kriegsendphasenmord verübt, fast 300 Menschen wurden teilweise mit Stacheldraht gefesselt in den Wald verschleppt, erschossen und in Bombentrümmern verscharrt.



So wurden Gegnerinnen und Gegner der Nationalsozialisten, Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene, noch in der letzten Minute vor der Befreiung mit in den Untergang gerissen, daran gehindert, die Gräueltaten der Nazis gegenüber den künftigen Siegermächten zu bezeugen. Nicht zuletzt sollte verhindert werden, dass sie nach dem Untergang des tausendjährigen Reiches eine neue Gesellschaft ohne faschistische Ideologie aufbauen konnten.

Als Vermächtnis der überlebenden Gegner der Nazidiktatur gilt der Schwur von Buchenwald, den die befreiten Häftlinge am 19. April auf dem Appellplatz des Konzentrationslagers leisteten und der mit den Worten endet: **„Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht!“**

**Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens**

**und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden und ihren Angehörigen schuldig.“**

Dieser Schwur sollte auch uns Richtschnur und Leitlinie sein. Wo allerdings stehen wir heute?

Von einer Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln – zumindest in Deutschland, aber wie wir wissen, auch in vielen anderen Ländern Europas - kann keine Rede sein.

Bewusst möchte ich an dieser Stelle nicht auf die unmittelbaren Kontinuitäten der Nachkriegszeit eingehen, die es ehemaligen Nazis ermöglichte, hohe Posten der bundesrepublikanischen Gesellschaft zu bekleiden und Einfluss auf den Aufbau einer neuen Gesellschaft in ihrem eigenen Sinne zu nehmen. Eine konsequente Anwendung des § 139 des Grundgesetzes, welcher in seiner Bedeutung die Fortexistenz oder das Neuerstehen nationalsozialistischer Organisationen verbietet, wäre das Gebot der Stunde gewesen. Wir möchten fordern, dass sich das, was damals geschah, niemals wiederholen möge – und müssen uns trotzdem eingestehen, dass neonazistische und rassistische Gewalt in erschreckender Weise die Gegenwart in der Bundesrepublik prägen.

An dieser Stelle überspringe ich Attentate, Anschläge, Morde, die auf das Konto von Neonazis gingen – einige Stichworte möchte ich trotzdem nennen: den rechtsterroristischen Anschlag auf das Oktoberfest 1980, die Brandserie gegen Asylbewerberunterkünfte in den 1990er Jahren in Städten,

deren Namen uns allen noch präsent sind. Hoyerswerda, Hünxe, Rostock-Lichtenhagen, Mölln, Solingen, Lübeck und so weiter und so weiter.

Auch für die Gegenwart möchte ich an dieser Stelle nur auf einige absolute Höhepunkte rechtsextremer Gewalt eingehen.

Der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke wurde durch – vermutlich nicht nur einen - Neonazi umgebracht.

Im Oktober 2019 kam es in Halle zu dem Versuch eines Rechtsterroristen, Mitbürgerinnen und Mitbürger jüdischen Glaubens zu ermorden – seine Opfer fand er schließlich in einer Passantin und in einem Gast einer Imbissbude.

Die Rolle des NSU, dem vor einigen Jahren neun brutal Ermordete zum Opfer fielen, ist nicht ansatzweise durchleuchtet worden. Schnell wurde der Öffentlichkeit ein Täter-Trio präsentiert – eine Verstrickung staatlicher Organe in den Rechtsterrorismus, welche im Hintergrund offenkundig war, wurde nicht einmal oberflächlich aufgeklärt. In Hanau erschoss ein Neonazi im Februar 2020 neun Menschen, die er für Ausländerinnen und Ausländer hielt.

Fast immer wird reflexartig versucht, die Mörder als Einzeltäter darzustellen und die dahinter liegenden Strukturen zu verschleiern.

So war Blood & Honour, ein rechtsextremes Netzwerk, nicht nur im Umfeld des NSU zu verorten. Sein militanter Arm, Combat 18, wird bis in die Gegenwart mit Anschlägen und auch mit dem Mord an Walter Lübcke in Verbindung gebracht.

Wen überrascht es, dass Verbindungen zu Combat 18 auch hinein in die Dortmunder Nazi-Szene existieren? Auf das Konto der braunen Kameraden in Dortmund gehen mindestens fünf nachgewiesene Morde sowie diverse schwere Straftaten.

Die Amadeu-Antonio-Stiftung verzeichnet von 1990 bis heute mindestens 219 Todesopfer rechter Gewalt und 19 weitere Verdachtsfälle, wobei von einer weitaus höheren Dunkelziffer auszugehen ist.

Ideologisch wird der Hass der Neonazis durch rechtsextreme Stichwortgeber wie beispielsweise die NPD verbreitet, die vom Bundesverfassungsgericht bescheinigt bekam, in der Tradition der NSDAP zu stehen und verfassungsfeindliche Inhalte zu vertreten – sie sei aber schlichtweg zu unbedeutend, um verboten zu werden.

Auf die Dortmunder Neonazis um die Partei „die Rechte“, die mit rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Hetze und Provokationen Stimmung machen, brauche ich an dieser Stelle nicht eingehen. Jüngst ist im braunen Sumpf in Dortmund eine neue Schlägertruppe namens „Schlagabtausch“, kurz SA, in Erscheinung getreten, die Gewalt und Einschüchterung verbreitet.

Mit der AfD haben sich in unserem Land rechtspopulistische Kräfte etabliert, die kaum Trennschärfe zu der extremen Rechten aufweisen und die den Boden für Menschenverachtung, Ausgrenzung und Gewalt bereiten. Neben den Parteien existieren rechte Kameradschaften, Kampfsport- und Siedlerverbände, es gibt diverse Events wie Konzerte oder Festivals, und auch weniger angestaubt daher kommende Organisationen wie beispielsweise die Identitäre Bewegung verbreiten rechtes Gedankengut.

Die Stichwortgeberinnen und Stichwortgeber aus dem rechten Spektrum machen Positionen hoffähig, die explizit menschenfeindlich sind und nicht zuletzt in der etablierten Politik ihren Niederschlag finden. Als Beispiel dafür, wie sich rechte Hetze in Politik umsetzt, ist unter anderem die faktische Aushöhlung des Asylrechts in der Bundesrepublik zu nennen.

Polizeigewalt gegen Menschen mit Migrationshintergrund nimmt zu: Mohammed Daimé, ein 16jähriger suizidaler Geflüchteter, wurde im vergangenen Jahr durch Polizeikugeln ermordet.

Abgesehen von diesem und ähnlichen politischen Ergebnissen kann die rechtsextreme und rechtspopulistische Meinungsmache vor allem in den sozialen Medien ihre braunen Blüten treiben und so als schleichendes, wirksames Gift in den gesellschaftlichen Diskurs eindringen.

Als Ergebnis sind Übergriffe auf Menschen, die den Rechten nicht ins Bild passen, in Deutschland mittlerweile an der Tagesordnung. Unterkünfte für Geflüchtete werden angegriffen, und diese selbst sind ebenso wenig vor Gewalttätigkeiten sicher.

Rassistische, antisemitische und homophobe Gewalt durch Rechte ist alltäglich geworden. Menschen, die ich kenne und die aufgrund ihres Aussehens nicht in das Bild der typischen Deutschen passen, haben Angst. Auch politische Gegnerinnen und Gegner der Nazis werden eingeschüchtert und terrorisiert.

Dies ist die Spitze des Eisbergs.

Im Dunklen bleibt jedoch bei all diesen Vorfällen das, was sich hinter den Kulissen zwischen Akteuren staatlicher Organisationen, wie beispielsweise dem Verfassungsschutz sowie Zellen in Polizei und Bundeswehr einerseits und der offen oder im Untergrund agierenden militanten Neonaziszene andererseits zusammenschiebt. (Im Jahr 2021 gab es fast 600 per Haftbefehl gesuchte, untergetauchte Rechtsextreme in Deutschland.)

Durch einen Zufall flog in den vergangenen Jahren der Verein „Uniter e.V.“ auf.

Dabei handelt es sich um ein Netzwerk, in dem sich Soldaten beispielsweise des Kommandos Spezialkräfte der Bundeswehr, kurz KSK, Polizisten, Behördenvertreter, unter anderem des Verfassungsschutzes, Vertreter der Waffenindustrie usw. vernetzen.

Die Mitglieder dieses Vereins warten auf einen ominösen „Tag X“, um zu den Waffen zu greifen. Dieser „Tag X“ soll der Zeitpunkt einer „extremen Krise“ sein, ausgelöst durch Überfälle von Geflüchteten auf Kinder und Frauen, Vergewaltigungen, Terroranschläge... Für diesen Zeitpunkt stünden die Kameraden bereit, heißt es. Ordner mit politischen Gegnerinnen und Gegnern sind schon angelegt, um diese zu beseitigen.

Das Netzwerk Uniter e.V. wird zwar mittlerweile vom Verfassungsschutz (Ironie!) beobachtet, es gibt es allerdings immer noch, ebenso wie die Gewissheit, dass die Planungen für einen „Tag X“ weitergehen.

Anmerkung: Gab es nicht einen Putschversuch aus den Reihen der Reichsbürger im Dezember des vergangenen Jahres, mit dem Ziel, die Regierung zu stürzen und durch einen abgehalfterten Monarchen zu ersetzen?

Um ihre Macht zu erhalten und insbesondere in Krisensituationen abzusichern, setzen die Herrschenden hinter den Kulissen auf die Rechten. Entsprechende Verbindungen zwischen Rechtsterroristen und öffentlichen Behörden sind hergestellt und haben ihre mörderischen Folgen gezeigt.

Willkommen sind die Rechtsextremen, um einfache Lösungen wie Ausgrenzung, Hass, Demagogie, Rassismus und Abwertung von vermeintlich „Anderen“ zu liefern.

In Zeiten wirtschaftlicher Not, in denen viele Menschen an den Rand ihrer Existenz geraten oder dieser beraubt werden und unter Verunsicherungen und Ängsten leiden, verfangen diese vermeintlichen Auswege aus der eigenen Misere.

Für uns kann dies nur bedeuten:

- die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus lebendig zu halten und an die damaligen Zusammenhänge und an vergangenes Unrecht immer wieder zu erinnern.
- eine konsequente Aufklärung aller rechtsextremen Straftaten und Morde in der Gegenwart zu fordern und die Täter ebenso wie ihre Hintermänner zu bestrafen – die verschwörerischen Strukturen im Hintergrund sind restlos aufzudecken und aufzulösen!
- durch unser eigenes Handeln jeder Form von Menschenverachtung, Diskriminierung und Rassismus entgegenzutreten.

Den Opfern der Karfreitagsmorde in Lünen und Dortmund schulden wir, uns einzumischen. Wir müssen lediglich Zivilcourage zeigen – sie bezahlten ihre Einstellung mit dem Leben.

Um abschließend noch einmal auf den Schwur von Buchenwald zurück zu kommen: Wie es in diesen Zeiten mit dem Aufbau einer Welt des Friedens aussieht, das ist uns allen bekannt.